

Haushaltsrede 21.12.2017



Sehr geehrter Herr Landrat, sehr geehrte Kreistagsmitglieder.

Ich habe nur einige wenige Themen die ich beleuchten werde.

Zuerst möchte ich mich mit der Entwicklung der Ausgleichsrücklage beschäftigen.
Einige Zahlen dazu.

Die Ausgleichsrücklage betrug 2016, 15,9 Mio. Euro.

Laut ursprünglicher Vorplanung für 2017 13,2 Mio. Euro und für 2018 sind nun 10,4 Mio. Euro in der Planung.

Aufgrund höherer Einnahmen sind diese Zahlen überholt. Für 2017 beträgt die Ausgleichsrücklage nun 17,6 Mio. Euro und für 2018 14,8 Mio. Euro.

Diese Zahlen entnehmen wir den ergänzenden Informationen zum Entwurf des Kreishaushaltes 2018.

Unabhängig von dieser positiven Entwicklung ist festzustellen, dass die Ausgleichsrücklage planmäßig zurückgefahren wird.

Das wirft Fragen auf.

Beginnen wir einmal mit der Frage nach der Funktion der Ausgleichsrücklage.

Die Ausgleichsrücklage dient dem Ausgleich von Fehlbeträgen in den Ergebnisrechnungen der Folgejahre. Gemäß § 75 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen muss der Haushalt der Gemeinde in jedem Jahr in Planung und Rechnung ausgeglichen sein.

Er ist dann ausgeglichen, wenn der Gesamtbetrag der Erträge die Höhe des Gesamtbetrages der Aufwendungen erreicht oder übersteigt. Diese Verpflichtung zum Ausgleich gilt als erfüllt, wenn der Fehlbedarf im Ergebnisplan und/oder der Fehlbetrag in der Ergebnisrechnung durch Inanspruchnahme der Ausgleichsrücklage gedeckt werden können.

Diese Systematik ist aus der Sicht eines Menschen, der in der Privatwirtschaft tätig ist schon eine eher wackelige Sache.

Eine generelle Aussage über die richtige Höhe der Ausgleichsrücklage lässt sich schwer treffen. Dafür sind die Haushalte im kommunalen Bereich zu unterschiedlich strukturiert.

Eines ist jedoch klar. Die Ausgleichsrücklage hat eine Pufferfunktion.

Ist dieser Puffer zu klein oder gar aufgezehrt, so ist die Gefahr groß in die Haushaltssicherung zu geraten.

Wir befinden uns in einer Zeit der guten wirtschaftlicher Rahmenbedingungen. Die Steuereinnahmen sind gut, der Druck auf die öffentlichen Haushalte demnach nicht ganz so stark.

Dies ist aber eine vorübergehende Situation, es ist nur eine Frage der Zeit wann wir wieder einmal in eine wirtschaftlich schwierigere Phase geraten. Denn wir alle wissen: Die Konjunktur verläuft in Zyklen.

Zyklen schwieriger wirtschaftlicher Rahmenbedingungen, die mit dem Ausfall von Steuereinnahmen bei gleichzeitig erhöhten Leistungen einhergehen, können durchaus einige Jahre dauern.

Reicht für ein solches Szenario eine Ausgleichsrücklage von tendenziell 10 Mio. Euro, die laut alter Planung für das Jahr 2018 noch vorgesehen war?

Wir sagen nein!

Für kommende Haushaltsjahre wünschen wir uns deshalb eine umfassende Diskussion über die Bestandshöhe der Ausgleichsrücklage.

Zum nächsten Thema.

Im jetzt zu Ende gehenden Jahr 2017 gab es aus unserer Sicht einige Merkwürdigkeiten.

Unsere Fraktion hat im März einen Antrag mit dem Inhalt gestellt, ein Arbeitspapier des NRW Landkreistages zum Umgang mit nachvollziehbar ausreisepflichtigen Personen zu unterstützen.

Dieses Arbeitspapier hatte der NRW Landkreistag bereits im November 2016 an die Landesregierung adressiert, diese hatte aber darauf keinerlei Reaktion erkennen lassen.

Aus diesem Grund hatten wir eine unterstützende Resolution beantragt.

Obwohl das Arbeitspapier des NRW Landkreistages von allen Landräten, die in ihrer Gemeinsamkeit den Vorstand des NRW Landkreistages bilden, dazu zählt auch unser Landrat Herr Steffan Pusch, einstimmig beschlossen wurde, stieß sowohl unser Antrag, aber überraschenderweise auch die Inhalte des Arbeitspapiers, hier in diesem Haus auf eine geschlossene Front der Ablehnung.

Die Vorsitzenden der CDU und SPD Fraktion im Kreistag des Kreises Heinsberg, stellten unisono fest, dass sie diesem Arbeitspapier ihre Unterstützung verweigern würden.

Dies ein Beispiel dafür wie flexibel und situationsangepasst ihre politischen Standpunkte sind.

Arbeitspapiere werden erstellt und beschlossen und dann durch Politiker der eigenen Partei wieder kassiert.

Jede Argumentation ist wohlfeil. Jeder erklärt sich, wie er es für richtig hält. Hauptsache es sieht gut aus.

Meine Damen und Herren, die Bürgerinnen und Bürger sind nicht dumm. Die Bürgerinnen und Bürger erkennen die Bruchlinien in ihrer Argumentation.

Kommen wir zu einem letzten Thema.

Wir haben in der Kreistagssitzung im September beantragt dem sogenannten „Bündnis gegen Rechts“ Zuwendungen aus dem Haushaltsansatz für politische Bildung zu streichen.

Die Argumente dafür sind noch immer aktuell. Es ist auch am heutigen Tag nicht zu erkennen welche Gegenleistung das Bündnis für den Erhalt der Zuwendungen erbringt. Es gibt aber auch weiter gewichtigere Argumente.

Parteiläufer einer politischen Richtung mit öffentlichen Finanzmitteln zu unterstützen war zu keiner Zeit gerechtfertigt.

In der heutigen Zeit besonders nicht. Gewalt wird leider immer öfter zu einem Mittel der politischen Auseinandersetzung. Gerade linke Gruppen tun sich hier hervor.

Die Bilder vom G20 Gipfel in Hamburg, und bei den Ausschreitungen der Braunkohlegegner im Hambacher Forst kennen Sie.

Ich kenne auch das gewalttätige Vorgehen von Linksautonomen gegen Parteiveranstaltungen der AfD. Dabei kommt es immer häufiger zu körperlicher Gewalt.

Bisheriger Höhepunkt war der Angriff auf unseren Bundestagsabgeordneten Kay Gottschalk, dem Randalierer mit brutaler Gewalt eine Aktenmappe entrissen haben und ihm dabei das Handgelenk gebrochen haben. Dieser Angriff geschah am Samstag den 02. Dezember während unseres Bundesparteitages in Hannover.

Auch ich bin auf dem Weg zum Tagungsort von einem linksextremen Randalierer attackiert worden.

Über solche Vorfälle wird in den weitgehend links orientierten Medien gerne geschwiegen. Kampf gegen Rechts?

Wo bleibt der Kampf gegen die Gewalt von Links?

Wo bleibt der gemeinsame Kampf aller Demokraten gegen politisch motivierte Gewalt?

Vom sogenannten “Bündnis gegen Rechts“ ist in dieser Richtung nichts, aber auch gar nichts zu erwarten.

Die Sprecherin des Bündnisses ist die Fraktionsvorsitzende der Grünen und die vom Kreis Heinsberg bezahlte Honorarkraft des Bündnisses ist die Fraktionsgeschäftsführerin der Linken. Das Bündnis, so könnte man sagen befindet sich fest in zwei “linken“ Händen

Linke Bündnisse bilden ein feingesponnenes Netzwerk. Ökosozialismus, Kapitalismuskritik, Technologiefeindlichkeit und auch die Ignoranz gegenüber dem staatlichen Gewaltmonopol finden sich hier wieder. Der Kampf gegen die bürgerliche Gesellschaft eint diese Bündnisse.

Die AfD Fraktion im Kreistag des Kreises Heinsberg lehnt die Zahlungen an linke politische Vorfeldorganisationen strikt ab.

Ich komme zum Schluss.

Ich möchte meinen Dank aussprechen. Mein Dank gilt den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Kreisverwaltung des Kreises Heinsberg.

Durch ihren unermüdlichen Einsatz haben Sie im vergangenen Jahr "den Laden am Laufen gehalten".

Ich wünsche allen Anwesenden und den Mitarbeitern der Kreisverwaltung Heinsberg ein frohes Weihnachtsfest und schon jetzt ein glückliches Jahr 2018.